



Alternativantrag

der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP

zu „Schleswig-Holstein bekennt sich zum Atomausstieg“ (Drucksache 19/3550 neu)

Endlagersuche und Rückbau für den vollständigen Atomausstieg vorantreiben, Erneuerbare Energien ausbauen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag begrüßt die Abschaltung des Atomkraftwerks Brokdorf als weiteren Schritt zum vollständigen Ausstieg aus der Kernkraft in Deutschland.

Mit dem Gesetz zur Regelung der Finanzanlagestrategie Nachhaltigkeit in Schleswig-Holstein hat der Schleswig-Holsteinische Landtag erst kürzlich wieder bekräftigt, dass er die Produktion von Atomenergie nicht als nachhaltig erachtet. Der Landtag lehnt den Vorschlag der EU-Kommission, Investitionen in Atomenergieanlagen im Rahmen der EU-Taxonomieverordnung für zukunftsfestige Finanzanlagen als nachhaltig einzustufen, ab.

Im Interesse dieser und der kommenden Generationen bittet der Landtag die schleswig-holsteinische Landesregierung,

1. die bundesweite Standortsuche für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle entsprechend den gesetzlich festgelegten Prinzipien wissenschaftlich, partizipativ, transparent sich selbst hinterfragend und lernend nach Kräften zu unterstützen, um zu dem im Bundesgesetz vorgesehenen Jahr 2031 einen Standort in Deutschland zu finden.

2. den vollständigen Rückbau der Atomkraftwerke entschieden voranzutreiben. Daher bekräftigt der Landtag seinen Beschluss zum verantwortungsvollen Umgang mit dem Rückbau der Atomkraftwerke in Schleswig-Holstein (Drucksache 19/2072).
3. sich auch zukünftig für rechtssichere und zügige Verfahrensvorschriften und Verfahren einzusetzen, die einen raschen Ausbau der erneuerbaren Energien und ihrer Technologien im Sinne des öffentlichen Interesses und der Versorgungssicherheit ermöglichen.

Andreas Hein
und Fraktion

Bernd Voß
und Fraktion

Oliver Kumbartzky
und Fraktion